

Protokoll der Delegiertenversammlung

1. April 2017, 11.15 – 15.30 Uhr, Castione

Vorsitz: Christian Levrat

Protokoll: Simon Roth

Anwesend: 180 Delegierte und ca. 40 Gäste

Anmerkung zum Protokoll

Sämtliche Referate, Diskussionen und Wortmeldungen der Delegiertenversammlung werden aufgezeichnet und sind im Zentralsekretariat der SP Schweiz archiviert. Dieses Protokoll gibt die Aussagen der Sprechenden lediglich gekürzt und sinngemäss wieder.

1. Eröffnungsgeschäfte

Flavia Wasserfallen eröffnet die Delegiertenversammlung.

Grussbotschaft von **Igor Righini**, Parteipräsident SP Kanton Tessin. Der Sprechende geht unter anderem auf die Thematik der GrenzgängerInnen ein.

Grussbotschaft von **Manuele Bertoli**, Regierungsrat Tessin. Der Sprechende betont die Wichtigkeit des neuen Gotthardbasistunnels für die Schweiz im Allgemeinen und das Tessin im Speziellen. Weiter betont er die Wichtigkeit von flankierenden Massnahmen im Arbeitsmarkt. Viele MigrantInnen kommen über das Mittelmeer nach Europa um ein besseres Leben zu finden. Um diese Menschen integrieren zu können, brauche das Tessin Hilfe des Bundes.

Grussbotschaft von **Gabriele Del Don**, Sektionspräsident SP Arbedo-Castione.

Wahl der StimmzählerInnen und StellvertreterInnen

Beschluss der Delegiertenversammlung: So wie runtergelesen einstimmig gewählt.

Wahl der Mandatsprüfungskommission

Beschluss der Delegiertenversammlung: Karin Mader wird stillschweigend gewählt.

Tagesordnung/Schlussdokumentation

In der Schlussdokumentation sind nochmals sämtliche Papiere enthalten.

Die definitive Traktandenliste enthält folgende Änderungen/Hinweise:

Unter Traktandum 6, Schwerpunkt Reform der „Altersvorsorge 2020“ sind folgende Dokumente enthalten: Verabschiedung Reglement Urabstimmung, Antrag auf Durchführung einer Urabstimmung, Position zur Reform „Altersvorsorge 2020“ z.H. Urabstimmung.

Unter Traktandum 8, Budget 2017 ist folgendes zusätzliches Dokument enthalten: Nachtragskredit zum Budget 2017 für die Durchführung der Urabstimmung.

Unter Traktandum 9, Resolutionen, Anträge und Wahlgeschäfte sind neu folgende Resolutionen enthalten: R-1 der Fachkommission für Aussenpolitik „Russland: Frieden, Freiheit und Menschenrechte statt Herrschaft der Oligarchen, Desinformation und Krieg“, R-2 der SP Tessin „Für eine wirksame Umsetzung des Gesetzes über den „Inländervorrang light“, R-3-a der SP Tessin „Für die Fertigstellung von AlpTransit“ und R-3-b der SP Tessin „Für die Gotthard-Eisenbahnachse“.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die aktualisierte Tagesordnung wird bei einigen Enthaltungen genehmigt.

Ordnungsanträge

Ordnungsanträge zum Ablauf müssen vor dem Beginn des Traktandums eingereicht werden.

Wortmeldezettel

Wortmeldezettel müssen beim Podium geholt und können nur dort wieder abgegeben werden. Wortmeldungen müssen bis zum Beginn des vorhergehenden Traktandums eingereicht werden.

Protokoll der DV vom 25. Juni 2016 in Chur

Genehmigung des Beschluss-Protokolls der Delegiertenversammlung vom 25. Juni 2016 in Chur. Dieses kann unter www.sp-ps.ch heruntergeladen werden. Ausserdem kann es beim Zentralsekretariat in gedruckter Form angefordert werden.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Das Protokoll wird mit Dank an den Verfasser Simon Roth genehmigt.

2. Mitteilungen

Flavia Wasserfallen weist auf die Sommeruni hin, die wiederum vom 3. bis 6. August in Chandolin stattfindet. Sie weist zudem auf die weiterhin steigenden Mitgliederzahlen hin, der Zuwachs lag im Jahr 2016 bei über 3 Prozent. Der Dank dafür geht an alle, die dazu beigetragen haben.

3. Rede Christian Levrat, Präsident SP Schweiz, Ständerat FR

Christian Levrat (Präsident SP Schweiz) begrüsst zuerst die anwesenden Genossinnen und Genossen um anschliessend auf die Folgen des bürgerlichen Schulterschlusses einzugehen. Die Bevölkerung musste einen hohen Preis für diesen bezahlen. Landwirtschaft und Armee erhalten mehr Geld, während gleichzeitig die Prämienverbilligung gesenkt werden soll. Leistungen werden gekürzt und Geld verteilt, das der Bund gar nicht hat. Der SP ist in den letzten Monaten aber eine erfolgreiche Oppositionsstrategie gelungen. Dies zeigt sich an der Energiestrategie 2050, der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative ohne Kündigung der bilateralen Verträge und dafür mit flankierenden Massnahmen sowie der Altersreform. Hier gibt es zum ersten Mal seit 40 Jahren eine Erhöhung der AHV-Renten.

Der Sprechende dankt allen Parlamentarierinnen und Parlamentariern, die diese Ergebnisse im Parlament trotz der deutlichen bürgerlichen Mehrheit erreicht haben. Weiter dankt er auch allen Mitgliedern, die mit ihrem Engagement diese Erfolge erst möglich gemacht haben. Er weist zudem auf die Bedeutung des Ständerates hin, in welchem die SP so stark wie noch nie vertreten ist.

Die Unternehmenssteuerreform konnte aber auch im Ständerat nicht beerdigt werden. Deshalb musste die SP das Referendum ergreifen und konnte die Vorlage in einem epischen Kampf erledigen. Die Frage bleibt aber, wer die 10 Millionen Franken bezahlt hat, die das bürgerliche Pro-Komitee zur Verfügung hatte. Deshalb braucht es jetzt die Transparenz-Initiative und es ist sehr wichtig, dass es gelingt, die notwendigen Unterschriften zu sammeln – heute ist man erst bei der Hälfte.

Das Scheitern der Rechten bei der Unternehmenssteuerreform ist drastisch. Die Bevölkerung machte deutlich, dass sie keine Umverteilung zu Gunsten juristischer Personen auf Kosten natürlicher Personen will. Die Bevölkerung und die SP wollen ein Minimum an sozialer Gerechtigkeit. Die SP ist im Aufwärtstrend, was auch die vergangenen Wahlerfolge in verschiedenen Kantonen zeigt. Jedoch darf die SP in ihrer Wachsamkeit nicht nachlassen.

Um der Position unserer Mitglieder noch mehr Gewicht zu geben, will die SP eine Urabstimmung durchführen. Gerade weil es sich bei der AHV um eine der ganz zentralen Errungenschaften der SP handelt.

Trotz dem Vormarsch der Rechtspopulisten gab es in den vergangenen Monaten einige hoffnungsvolle Zeichen, so die Wahlen in Österreich und den Niederlanden. Am Wichtigsten für uns ist aber die Begeisterung, die Martin Schulz in Deutschland ausgelöst hat. Die Sozialdemokratie kann als einzige die Welle des Rechtspopulismus aufhalten – es ist unsere Verantwortung, Geschichte zu schreiben.

4. Rede Alain Berset

Alain Berset (Bundesrat, FR) betont, dass es uns weiterhin gelingen muss, das Land zu gestalten. Nicht nur in der Altersvorsorge, sondern auch bei der Energiestrategie.

Die AHV ist ein Versprechen, das die Schweiz ihren Bewohnerinnen und Bewohnern macht: Wer hier arbeitet, hat im Alter genug zum Leben. In einer Zeit der zunehmenden Unsicherheit werden populistische Positionen immer stärker, aber ihre Antworten sind schlecht. Doch wie soll man auf die Rhetorik des Populismus reagieren? Indem wir den Alltag der Menschen verbessern. Auch unter schwierigen Bedingungen.

Die schrittweise Erhöhung des Frauenrentenalters ist kein Fortschritt. Aber diese Reform bedeutet auch grosse Fortschritte, gerade für Menschen mit Teilzeitstellen, mit tiefen Löhnen oder mit mehreren Arbeitsstellen. Mit dem Zuschlag von 70 Franken für alle Neurentner verbessert sich insbesondere die Situation von Menschen ohne eine 2. Säule und dazu gehören viele Frauen.

Frauen verdienen immer noch weniger als Männer mit vergleichbaren Jobs – dies wissen wir und das ist inakzeptabel. Um dem entgegenzuwirken, müssen private Firmen, die einen Auftrag vom Bund wollen, beweisen, dass sie keine unterschiedlichen Löhne aufgrund des Geschlechtes bezahlen. Auch die Kantone und Gemeinden müssen hier nachziehen.

Wir müssen sowohl bei der Lohngerechtigkeit wie bei der Altersvorsorge Fortschritte machen und es darf nicht geschehen, dass sie sich diese beiden Bereiche gegenseitig blockieren.

Doch was bringt die Reform den heutigen Rentnerinnen und Rentnern? Am Wichtigsten: gesicherte Renten. Zudem sind sie von der Senkung des Umwandlungssatzes nicht betroffen.

Auch wenn wir nicht völlig zufrieden mit der vorliegenden Reform sind, so gibt es doch keine bessere Alternative dazu. Dies zeigt auch ein Blick auf andere europäischen Länder, in denen entweder die Leistungen gekürzt oder das Rentenalter erhöht wurde. Bei uns sind die Leistungen garantiert und das Rentenalter bleibt bei 65.

Man kann in der Altersvorsorge nicht stehenbleiben. Ein Nein zur vorliegenden Reform bedeutet, dass ein anderer Weg gegangen werden muss. Ein Scheitern dieser Reform wird Folgen haben. Wir müssen gemeinsam eine Mehrheit finden, damit die AHV auch in Zukunft solide bleibt. Ein Nein hätte auch Folgen für die Pensionskassen.

Die SP hat sich immer dafür engagiert, die Rechte der Schwächsten zu stärken. Der Sprechende freut sich auf die anstehende Debatte.

5. Schwerpunkt: Reform der „Altersvorsorge 2020“

Verabschiedung Reglement Urabstimmung

Wortmeldungen:

Benoit Gaillar (SP VD) möchte nicht die Grundlage des Reglements anzweifeln, hat aber eine Frage betreffend den notwendigen Unterschriften von 10 Prozent der Mitglieder um eine Urabstimmung verlangen zu können. Dies sei schwierig zu erreichen. Gibt es während der Unterschriftensammlung eine Unterstützung durch das Zentralsekretariats?

Flavia Wasserfallen präzisiert die Formulierung im Reglement. Sollten die Initianten den Weg über das Quorum von 10% der Mitglieder wählen, werden sie zur Erreichung aller Mitglieder vom Zentralsekretariat mit einer Publikation an die Mitglieder unterstützt.

Michael Zimmermann (SP Genf) macht darauf aufmerksam, dass das Reglement zu spät zugestellt wurde, um innerhalb der Sektion oder der Kantonalpartei zu diskutieren und beantragt deshalb eine Verlegung der Diskussion.

Flavia Wasserfallen weist darauf hin, dass das Reglement vor sechs Wochen verschickt, d.h. mit dem ersten DV-Versand allen Delegierten zugestellt wurde.

Lewin Lempert (JUSO) betont, dass die JUSO hinter dem Vorhaben der SP steht, zur Frage der Altersreform eine Urabstimmung durchzuführen. Dies ermöglicht mehr Demokratie und eine bessere Diskussion. Die JUSO unterstützt das Reglement und den Antrag, zur Altersreform eine Urabstimmung durchzuführen.

Rolf Zimmermann (SP 60+) hat den Eindruck, dass das Reglement übers Knie gebrochen wurde. Er kritisiert auch, dass die Urabstimmung primär zur Selbstbestätigung durchgeführt werde. Zudem sei unklar, welche Bedingungen gelten, um eine Urabstimmung beantragen zu können. Befürchtet wird vom Sprechenden querulatorisch angestrebte Urabstimmungen, für die das Zentralsekretariat noch Unterstützung leisten müsse. Er beantragt, das Reglement zurückzuweisen und zu einem späteren Zeitpunkt zu diskutieren.

Christian Levrat bemerkt, dass man dem Präsidium wohl zum ersten Mal vorwerfe, zu sehr auf Basisdemokratie zu setzen. Im vorliegenden Fall gehe es auch nicht einfach um eine Selbstbestätigung, da es gerade in der Romandie grosse Widerstände gegen die Reform gäbe. Nicht auszuschliessen ist, dass künftig querulatorische Abstimmungen angestrebt werden könnten aber sollte dies eintreten, kann das Reglement immer noch angepasst werden.

Der **Rückweisungsantrag** wird deutlich abgelehnt.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme des Reglements

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegierten nehmen das Reglement mit wenigen Gegenstimmen an.

Antrag auf Durchführung einer Urabstimmung

Wortmeldungen:

Roger Nordmann begründet, weshalb es sinnvoll ist, zu dieser Frage eine Urabstimmung durchzuführen. Dass nicht mehr Zeit für die Urabstimmung zur Verfügung steht, liegt daran, dass der Meinungsbildungsprozess möglichst schnell abgeschlossen werden muss, um den Abstimmungskampf vom September vorbereiten zu können.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegierten beschliessen bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen eine Urabstimmung zur Altersreform durchzuführen.

Position zur Reform der „Altersvorsorge 2020“

Wortmeldungen:

Marina Carobbio (NR SP) referiert, weshalb es eine Rentenreform braucht und was der Inhalt der Vorlage ist.

Paul Rechsteiner (SR SG) erinnert an die gewerkschaftlichen Wurzeln der AHV. Er erinnert ebenfalls daran, dass die SP mehrere Abwehrerfolge seit den 90ern feiern, aber keine Verbesserungen der AHV erreichen konnte. Die Vorsorge 2020 ist die erste reale Erhöhung der AHV Renten seit 40 Jahren. Die AHV wird im Gegensatz zu der 2. Säule dank dem Mischindex weiterhin wachsen. Die Finanzierung der AHV bleibt auch in Zukunft günstig. Die Wirtschaftsverbände und die Bürgerlichen bekämpfen die Reform und die AHV. Grund dafür ist das solide Finanzierungssystem der AHV: jeder ist beitragspflichtig, die maximalen Renten sind aber plafoniert. Es handelt sich also um ein sehr solidarisches System. Er empfiehlt in diesem Sinne die Ja-Parole zur Vorsorge 2020.

Ruth Dreifuss (Alt-Bundesrätin GE) erklärt, wie wichtig die AHV für die moderne Schweiz ist. Sie erinnert an die wichtigen Unterschiede zwischen den drei Säulen. Eine Reform, die die 1. und die 2. Säule gleichzeitig betrifft, ist ein politischer Erfolg: denn das, was zählt, ist das generelle Rentenniveau. 20 Jahre lang gab es keine nennenswerte Reform der Altersvorsorge; und trotzdem haben wir es geschafft, die Finanzierung aufrechtzuerhalten. Die Altersvorsorge 2020 stärkt die AHV und somit die Solidarität gegenüber dem Egoismus. Was das Rentenalter der Frauen betrifft, kann sie keinesfalls behaupten, dass es sich um einen Fortschritt im Sinne der Gleichstellung handelt; doch viel Frauen werden trotzdem von der Reform profitieren.

Marianne Gay (PS Neuchâtel) ist seit vielen Jahren Gewerkschafterin und SP Mitglied. Auf den ersten Blick sei die Reform begrüßenswert. Auf den zweiten Blick sieht man, dass viele Menschen benachteiligt werden, gerade auch solche, die als Ausländerinnen und Ausländer nicht über die Reform abstimmen können.

Daniele Rotanzi (PS Ticino) begrüsst als Mathematiker und Sozialist die Reform. Sie ist nicht perfekt aber sie gehe in die richtige Richtung. Er geht insbesondere auf die Thematik der Umwandlungssätze ein. Die SP kann keinen Umwandlungssatz verteidigen, der eine Spekulation auf den Finanzmärkten notwendig macht.

Michel Zimmermann (PS GE) berichtet, wie viele Menschen die Haltung der Sozialdemokratie nicht verstehen können. Insbesondere die Senkung des Umwandlungssatzes und die Erhöhung des Frauenrentenalters würden nicht verstanden. Es brauche eine andere Rentenreform, weshalb der Sprechende zu einem Nein aufruft.

Natascha Wey (SP Frauen*) berichtet von der engagierten und kontroversen Debatte an der Mitgliederversammlung der SP Frauen*. Es werde anerkannt, dass die Reform für Frauen wichtige Fortschritte bringt. Die Finanzierung erfolge aber zu einem grossen Teil über die Erhöhung des Frauenrentenalters. Deshalb sei das JA der SP Frauen* ein kritisches JA.

Mariela Muri Guirales (SP Frauen*) will wissen, weshalb die Frauen für diese Reform geopfert werden. Es seien die Frauen, die diese Reform bezahlen müssten. Sie sei nach 30 Jahren Kampf nicht bereit, diese bittere Pille zu schlucken, bevor nicht die Lohngleichheit erreicht worden sei.

Heinz Gilomen (SP60+) nennt die vier Grundbedingungen, die die SP 60+ im Vorfeld an die Reform gestellt hat: Die Bekämpfung der Altersarmut, keine Erhöhung des Rentenalters, eine nachhaltige Finanzierung der Altersvorsorge und sichere Pensionskassen. Die ersten beiden Forderungen

werden mit dieser Reform nicht erreicht. Ein Zückerchen sei hingegen die Kompensation der Senkung des Umwandlungssatzes über die AHV gewesen. Obwohl nur zwei der vier Forderungen mit der Reform erfüllt werden, unterstütze SP 60+ die Reform. Die Reform der Ergänzungsleistung, die im Moment im Ständerat diskutiert werde, dürfe aber in der momentan vorliegenden Form aber nicht akzeptiert werden. Die Lohnungleichheit zwischen Mann und Frau müsse weiterhin bekämpft werden, genauso wie die Diskriminierung von älteren Menschen auf dem Arbeitsmarkt. Längerfristig brauche es eine stärkere Verlagerung von der unsicheren zweiten zur sichereren ersten Säule.

Daria Vogrin (JUSO) anerkennt, dass das Umlageprinzip der AHV eine solidarische Umverteilung ist. Mit der Erhöhung bei der AHV wurde ein bürgerliches Tabu gebrochen. Die Erhöhung des Frauenrentenalters ist aber eine bittere Pille. Die Frage ist nun, wie viele weitere bittere Pillen man noch zu schlucken habe? Sie stört sich an der Art, wie die Reform innerhalb der SP angepriesen werde. So seien nur Rednerinnen und Redner eingeladen worden, die sich für die Reform aussprechen. Die JUSO werde sich an der heutigen Abstimmung enthalten, da sie die Parole erst an ihrer nächsten DV beschliessen werde. Es gäbe Gründe die für und gegen die Reform sprechen.

Marianne de Mestral (SP 60+) betont, dass die meisten Mitglieder der SP 60+ nicht von der Reform profitieren. Es wird ihnen aber auch nichts weggenommen. Im Wissen um die Bedenken, hat der Vorstand von SP 60+ einstimmig die JA-Parole gefasst. Dieses Ja bestätige die SP als Garantin für die soziale Sicherheit. Da JA sei praktizierte Solidarität.

Rolf Zimmermann (SP 60+) weist darauf hin, dass wir vor der wichtigsten Abstimmung der Legislatur stehen. Betont werden sollen deshalb vor allem die Vorteile der Reform, auch wenn die Bedenken nachvollziehbar seien. Es gehe um nichts weniger als die AHV, das wichtigste Sozialwerk, welches mit dieser Reform gestärkt werde.

Rebecca Ruiz (NR VD) ist überzeugt, dass man zu diesem Projekt Ja sagen müsse, weil diese Reform notwendig ist. Sie freut sich auch nicht darüber, dass das Frauenrentenalter erhöht worden ist. Es gibt auch noch weitere Ungerechtigkeiten. Aber mit der Stärkung der AHV wird die Situation für viele Frauen verbessert. Eine Erhöhung von 70 Franken pro Monat ist für viele Menschen keine Peanuts, sondern eröffnet ihnen Möglichkeiten. Die leichte Erhöhung der Mehrwertsteuer sei für Sozialdemokraten akzeptierbar. Aus all diesen Gründen bittet die Sprechende die Delegierten die Reform zu unterstützen.

Silvia Schenker (NR BS) bittet darum, die gesamte Vorlage zu betrachten, bevor ein Urteil darüber gefällt wird. Insbesondere diejenigen Verschlechterungen, die aus der Reform wieder gestrichen werden konnten. Die Sprechende nennt unter anderem die Streichung der Witwenrenten und die Erhöhung des Rentenalters auf 67 Jahre. Was wäre die Alternative, wenn diese Reform scheitern würde? Die genannten Verschlechterungen wären sofort wieder auf dem Tisch – deshalb müssen wir gemeinsam für diese Reform kämpfen.

Marina Carobbio (NR TI) erläutert nochmals die Haltung der Geschäftsleitung. Sie erinnert daran, dass die Erhöhung der Renten mit höheren Beiträgen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern finanziert wird. Mit dieser Reform werde die AHV gegenüber der zweiten Säule gestärkt. Ein Ja zur Reform bedeute nicht, dass man nicht weiter für Lohnungleichheit kämpfe. Deshalb bittet sie darum, der Geschäftsleitung zu folgen und ein JA zu beschliessen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Unterstützung der Reform „Altersvorsorge 2020“ zuhanden der Urabstimmung vom 29. April 2017.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegierten beschliessen mit 140 Stimmen die JA-Parole bei 9 Nein-Stimmen und 17 Enthaltungen.

6. Parolenfassung für die eidg. Abstimmung vom 21. Mai 2017

Energiegesetz (EnG) vom 30. September 2016

Roger Nordmann (NR VD) begründet die JA-Parole zum Energiegesetz. Er erinnert einleitend an seinen politischen Lehrmeister, Ruedi Rechtsteiner und dass er von ihm gelernt hat, dass man in der Politik schrittweise vorangehen muss. Mit der Energiestrategie könne die Schweiz einen grossen Schritt machen. Die Energiestrategie reduziert unsere Emissionen an klimaschädigenden Gasen drastisch und befreit das Land von der Abhängigkeit von Uran. Das Land hat genügend erneuerbare Energiequellen und muss deshalb keine schmutzige Energie aus dem Ausland importieren. Der nun beschlossene Atomausstieg ist eine historische Chance, die es zu packen gilt, auch wenn natürlich ein fixiertes Abschaltedatum besser gewesen wäre. Aber man kann stolz darauf sein, Kompromisse eingegangen zu sein, um damit eine breite Allianz schmieden zu können. Doch jetzt braucht es ein Engagement von allen Mitgliedern, da die Gegner stark sind. Herren wie Trump und Blocher wollen das Rad der Energiegeschichte zurückdrehen. Die SP will aber eine saubere und nachhaltige Energiepolitik.

Empfehlung der Geschäftsleitung: JA-Parole

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegierten beschliessen einstimmig (123 Stimmen), ohne Gegenstimmen oder Enthaltungen die Ja-Parole.

7. Mitunterstützung eidg. Volksinitiative „Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten“

Flavia Wasserfallen weist darauf hin, dass für die Unterstützung der Initiative eine Zweidrittel-Mehrheit notwendig ist.

Tamara Funciello (Präsidentin JUSO) erläutert, weshalb die Geschäftsleitung der SP Schweiz die Initiative unterstütze. Jeden Tag könne man in den Zeitungen lesen, welches Leid Krieg in aller Welt anrichtet. Die institutionellen Anleger investieren viel Geld in Rüstungsproduzenten und so sind die Versicherten beispielsweise indirekt Profiteure der angekündigten atomaren Aufrüstung von Trump, ob sie dies wollen oder nicht. Es gehe heute um eine ideelle Unterstützung der Initiative.

Ronja Jansen (JUSO) berichtet von ihren Begegnungen mit Menschen, die Opfer bewaffneter Konflikte geworden sind. Die Schweiz muss aufhören, gegen den Frieden zu arbeiten. Heute fliesst viel Geld in Konzerne, die international geächtete Waffen produzieren. Der Profitgier auf Kosten von Menschenleben muss ein Ende gesetzt werden. Sie bittet deshalb um die Unterstützung für die Initiative.

David Stampfli (SP Bern) glaubt, dass es uns nicht wohl wäre, wüssten wir beim Bezug der Pensionskassengelder, wie das Geld angelegt werde. Aber viele Menschen wollen das nicht so genau wissen. Damit die Pensionen möglichst hoch sind, ist man nicht bereit, den Pensionskassen Fesseln anzulegen. Auch wenn es für mehr Frieden auf der Welt nur ein kleiner Schritt sei, sei die Initiative der richtige Weg.

Brice Touilloux (JUSO) ist der Meinung, dass es eine Lüge sei, dass die Schweiz keine Kriege führe. Die Banken, die Pensionskassen und die Nationalbank investieren in Kriegsmaterial. Unser Geld wird dazu genutzt, Kriege zu finanzieren und das wollen wir nicht länger. Heute ist die Schweiz ein Land, welches Kriege führt.

Marina Carobbio (NR TI) fordert die Delegierten namens der Geschäftsleitung auf, die Initiative zu unterstützen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Unterstützung der Initiative.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Für die Unterstützung der Initiative votieren 133 Delegierte, dagegen eine Person. Das notwendige 2/3-Quorum ist damit erfüllt.

8. Budget 2017

Verabschiedung

Flavia Wasserfallen erläutert das Budget 2017.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen oder Fragen zum Budget 2017.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme Budget 2017.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Das Budget wird grossmehrheitlich genehmigt.

Nachtragskredit zum Budget 2017

Flavia Wasserfallen erläutert, dass der Nachtragskredit für die Urabstimmung zur Altersvorsorge 2020 gilt. Es gibt keine weiteren Wortmeldungen dazu.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Der Nachtragskredit wird grossmehrheitlich genehmigt.

9. Resolutionen, Anträge und Wahlgeschäfte

R-1 der Fachkommission für Aussenpolitik: Russland „Für Frieden, Freiheit und Menschenrechte statt Herrschaft der Oligarchen, Desinformation und Krieg“

Wortmeldungen:

Rebekka Wyler (SP Uri) erklärt die Sachverhalte der Resolution.

Tamara Funicello fordert die Delegierten namens der Geschäftsleitung auf, die Resolution zu unterstützen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Resolution wird angenommen.

R-2 der SP Tessin: Für eine wirksame Umsetzung des Gesetzes über den „Inländervorrang light“

Wortmeldungen:

Nenad Stojanovic (PS Ticino) präsentiert die Resolution der SP Tessin.

Tamara Funicello begründet den Vorschlag zur Annahme der GL.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Resolution wird angenommen.

R-3-a der SP Tessin: Für die Fertigstellung von AlpTransit und den Erhalt der Bergstrecke

R-3-b der SP Tessin: Für die Gotthard-Eisenbahnachse

Die Diskussion der beiden Resolutionen wird zusammengefasst.

Wortmeldungen:

Carlo Lepori (PS Ticino) begründet die beiden Resolutionen.

Roger Nordmann berichtet, dass die Geschäftsleitung die beiden Resolutionen unterstützt.

R-3-a und R-3-b: Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme der beiden Resolutionen

Beschluss der Delegiertenversammlung: Beide Resolutionen werden angenommen.

Bestätigungs- und Neuwahlen Fachkommission

Wiederwahlen: Wiederwahlen stehen für folgende Fachkommissionen an: FK Verkehr und Kommunikation, FK Umwelt, Raumplanung und Energie, FK Wissenschaft, Bildung und Kultur, FK Wirtschaft und Finanzen, FK Landwirtschaftspolitik, FK für Aussenpolitik, FK für Frieden und Sicherheit.

Flavia Wasserfallen nennt jene Personen, die sich zur Wiederwahl stellen. Es gibt keine weiteren Kandidaturen oder Wortmeldungen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Wiederwahl für alle Fachkommissionen.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Sämtliche Personen werden bei zwei Enthaltungen wiedergewählt.

Neuwahlen stehen für zwei Fachkommissionen an:

Flavia Wasserfallen berichtet, dass es keine Gegenkandidaturen oder Wortmeldungen gibt.

Fachkommission sexuelle Orientierung und Identität

Empfehlung der Geschäftsleitung: Wahl des Co-Präsidiums mit Angelo Barrile und Barbara Lanthemann.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Wahl der vorgeschlagenen Personen.

Fachkommission Soziale Sicherheit und Gesundheit

Empfehlung der Geschäftsleitung: Wahl des Co-Präsidiums mit Silvia Schenker und Rebecca Ruiz.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Wahl der vorgeschlagenen Personen.

Für die Fachkommissionen Migration und Integration sowie Staat und Recht gibt es keine Leitung, sondern wird bei Bedarf ad hoc einberufen:

Empfehlung der Geschäftsleitung: Vorgehen OK.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Wird stillschweigend gutgeheissen.

10. Schluss / Apéro

Marina Carobbio schliesst die Delegiertenversammlung, dankt allen für die Anwesenheit und der SP Tessin, dem Kanton Tessin und der Gemeinde Castione für die tolle Unterstützung. Des Weiteren bedankt sie sich bei den DolmetscherInnen, bei Stefan Merki und seinem Team von X-Light für die Technik und dem Personal des Zentralsekretariates der SP in Bern.